

Die Feindbilder der „Kronen Zeitung“

Wenn es nach der „Kronen Zeitung“ geht, die sich hierzulande der unglaublichen und aufgrund ihrer Machtkonzentration ohnehin demokratiepolitisch bedenklichen Reichweite von nahezu 3 Mio. Leserinnen und Lesern (ca. 40% der Gesamtbevölkerung) erfreut, dann hat Österreich viele Feinde – wobei es verwundert, warum es die kleine Republik angesichts dieser offensichtlichen Übermacht eigentlich überhaupt noch gibt.

Vielleicht ist dies auf die segensreiche Wirkung der „Kronen Zeitung“ selbst zurückzuführen, wenn sie für unsere Sicherheit sorgt. Sie tut dies vielleicht dadurch, dass sie die Fotos von 14- bis 15-jährigen Jugendlichen mit meist ausländisch klingendem Namen, die einer Straftat verdächtigt werden, regelmäßig veröffentlicht, und zwar natürlich ohne ihre Gesichter in irgendeiner Form unkenntlich zu machen.¹ So entsteht ein fast mittelalterlich anmutender „Pranger“, den weder die Zukunft der Jugendlichen noch ein nicht einmal vorhandener Schuldspruch eines ordentlichen Gerichtes interessiert. Und ob ein solcher „Pranger“, der übrigens selbst bestehende Gesetze im Medienbereich nicht oder nur unzureichend achtet, wirklich die Zahl der Gesetzesbrüche reduzieren kann oder vielmehr dazu beiträgt, das bedenkliche Bild des in der Regel straffälligen Ausländers in den Köpfen der Menschen zu verfestigen, sei zumindest zur Diskussion gestellt. Im folgenden Artikel sollen darüber hinaus einige ausgewählte Beispiele von jüngst publizierten Aussagen besprochen werden, die illustrieren können, welche Feindbilder auf welche Art von Österreichs auflagenstärkster Zeitung verbreitet werden – was als Anstoß zu weiterem wissenschaftlichen Forschen und politischen Handeln dienen möge. Die moralische Bedenklichkeit der von dem Blatt vertretenen Inhalte ist dabei offensichtlich und eigentlich ein Dauerskandal.

Auffallend ist, dass sich die „Kronen Zeitung“ zur Konstruktion ihrer Feindbilder besonders intensiv des Instrumentes des Leserbriefes bedient. Die Leserbriefseite der „Kronen Zeitung“ ist insofern wichtig, weil sie (auch mit Titeln wie „Das freie Wort“) suggeriert, dass auf ihr das „Volk“ auf unverfälschte Art und Weise spricht. Wahrscheinlich ist dies auch mit ein Grund, warum Leserbriefseiten allgemein von medienwissenschaftlichen Studien eine überdurchschnittlich hohe Aufmerksamkeit attestiert wird. Tatsächlich wird der Inhalt solcher Seiten aber natürlich über eine relativ subjektive Auswahl aus der großen Fülle von Zusendungen bestimmt. Insofern spricht nicht die „unverfälschte“ Stimme des Volkes aus ihnen, sondern nur jene Einzelpersonen, denen es vom auswählenden Jour-

nalisten und seiner „gate-keeper“-Funktion erlaubt wird und die seine „Zensur“ passieren.

Und so ertönen dann Klagen wie diese nun von mir ausgewählte von Herrn Anton Findeis aus Wien:²

„In der Sendung ‘Volksanwalt’ wurde von zwei Mädchen, eines blind, und das andere fast blind, berichtet. Für Ansuchen der beiden Mädchen zur Unterstützung für Lesegeräte werden ihnen von Seiten der Behörden nur jahrelang Schwierigkeiten gemacht.“

Nach diesem tragischen Hinweis fährt er dann ohne Unterbrechungen oder Einschübe fort und zieht folgenden Schluss daraus:

„Es ist eine Schande, wie mit Österreicherinnen umgegangen wird, welche die Geräte zur Fertigstellung der Matura und ihren späteren Beruf brauchen. Denn wenn man bedenkt, Millionen von Euro werden den ausländischen Sozialschmarotzern hinten reingeschoben und nicht einmal kontrolliert.“

Eine solche Darstellung ist einerseits völlig absurd – was sich klar offenbart, wenn man sich nur einmal bildlich vorzustellen versucht, wie ein konkreter Beamter des Sozialministeriums oder der Gemeinde Wien einem auf seinem Amt als „ausländischer Sozialschmarotzer“ vorstelligen Mann etwa eine Million Euro „hinten reinschiebt“, vielleicht noch gar mit irgendwelchen technischen Hilfsmitteln. Andererseits ist die Bemerkung bei all ihrer ans Komische grenzenden Absurdität insofern empörend, weil durch die zeitliche Aufeinanderfolge der armen, blinden, ihrer Rechte beraubten Mädchen und der „ausländischen Sozialschmarotzer“ in einem kurzen Brief ein kausaler Zusammenhang suggeriert wird – so als wären es letztlich böse, sozialschmarotzende Zuwanderer gewesen, die den Mädchen irgendetwas vorenthalten würden oder weggenommen hätten.

Während aber eine solche zweifelhafte Berichterstattung und Kommentierung über Ausländer in der „Kronen Zeitung“ schon seit längerer Zeit bekannt und auch genauer wissenschaftlich untersucht ist,³ gibt es einen neuen Trend bezüglich „Feindbilder“, dessen inhaltsanalytische Bearbeitung ein ideales Thema für eventuelle akademische Abschlussarbeiten darstellen könnte – das „Feindbild Europäische Union“. Tatsächlich erscheint seit den negativen Referenden zur geplanten europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden die EU in besagtem Blatt als die Inkarnation alles Bösen auf der Welt – wobei interessant ist, dass die vorher und nachher stattgefundenen positiven Volksentscheide z.B. in Spanien und Luxemburg keinen umge-

1 z.B. in Krone Wien, 30.3.2006, S. 20

2 Krone Wien, 28.3.2006, S. 22

3 z.B. Sabine Schiestl, Vermittlung von Feindbildern in der österreichischen Tagespresse. Wien 1996.



Die Feindbilder der „Kronen Zeitung“

kehrten Effekt aufwiesen und die EU in der Berichterstattung und Kommentierung der „Kronen Zeitung“ keineswegs nachhaltig in ein besseres Bild rückten.

Besonders gepflegt wird das „Feindbild EU“ in der täglichen Rubrik „Leserbriefe zum EU-Theater“, die von verzerrten, einseitig negativen und auch objektiv falschen „Informationen“ zur EU nur so strotzen. Auch hier erfolgt die „Argumentation“ oft mit dem „Trick“ der Aufeinanderfolge von Aspekten, die nichts miteinander zu tun haben, um die EU schließlich als negativen Hauptschuldigen an so ziemlich allem zu „entlarven“. So meint Frau Dr. Gabriele Langanger aus Grödig – das Fach ihres Doktorates bleibt unbekannt – Folgendes:

„Ein Produkt im Supermarkt ist über Nacht um 10% teurer geworden, eine Bahnkarte in kurzer Zeit um 25%. Die Liste der Teuerung ließe sich endlos fortsetzen. Magistratsbedienstete in Salzburg sollen weniger Gehalt bekommen, Arbeitsplätze gehen verloren, weil Firmen abwandern und der Staat als Arbeitgeber abgebaut wird.“

Tatsächlich eine Aufzählung bedauerlicher Entwicklungen, woraus Frau Dr. Langanger folgenden Schluss zieht:⁴

„Ich kaufe immer noch dasselbe Produkt, ich fahre immer noch dieselbe Strecke, aber ich engagiere mich jetzt für einen Austritt Österreichs aus der EU. Weil später ist es zu spät.“

Dass selbstredend die EU weder die Preise z.B. der Bahnkarten noch die Gehälter der Salzburger Magistratsbeamten festlegt – wen kümmert's?

Objektiv falsch ist auf jeden Fall das ständige Anprangern der angeblich so hohen Kosten der EU-Mitgliedschaft – die Höhe des Beitrages beträgt ca. 1% des BIP, ein mit anderen Budgetposten vergleichsweise geringer Betrag, und von dieser Summe kommt über Beihilfen für Regionen wieder viel ins Land, wobei der Rest – Österreich ist als relativ wohlhabendes Land im Sinne der europäischen Solidarität „Nettozahler“ – immerhin zur Sicherung des jahrzehntelangen Friedens auf unserem Kontinent dient. Außerdem bezahlt Österreich streng genommen nur das, was es zahlen will – denn ohne seine Zustimmung gibt es keine Einigung über das EU-Budget (Veto!). Wenn Österreich also mehr zahlen „muss“, dann höchstens aufgrund sachlicher Gründe, und nicht weil eine ominöse Macht in „Brüssel“ ihm dies „diktiert“. Die Europäische Kommission besitzt zudem entgegen anders lautenden Gerüchten einen relativ kleinen Verwaltungsapparat, der etwa dem einer größeren Stadt entspricht. Das alles hält viele (publizierte) Leserbriefe aber nicht ab, wie der von Herrn Dieter Raidl aus Stiefern/Kamp einfach zu behaupten:⁵

„Mit großem Bedauern müssen wir feststellen, dass die so großartig angekündigte EU zu einem Geldfass ohne

Boden wird. Die diversen Nettozahlungen versickern im Korruptionssumpf des 'Wasserkopfes' in Brüssel.“

Ähnliche „Objektivität“ legt Herr Hans Gamliel aus Grub/Ar an den Tag, wenn er als eines seiner „Argumente“ gegen die EU-Mitgliedschaft Österreichs anführt:⁶

„Würde dem zutiefst schändlichen Sex-Tourismus, bei dem sowohl tschechische wie slowakische Kinder von Erwachsenen wissentlich missbraucht werden, Einhalt geboten? Nein!“

Nun wird der (männliche) Leser der „Kronen Zeitung“ oft im hinteren Teil des Blattes mit Sex-Annoncen u. a. von auffallend jungen Frauen, und besonders Tschechinnen und Slowakinnen, beglückt (à la „18 Jahre, Erstversuch“), was die in der Zeitung vertretene Doppelmoral hinsichtlich Sexualität in keinem guten Licht erscheinen lässt. Abgesehen davon ist es zutiefst unfair, die EU in eine gedankliche Assoziationskette mit Kinderschändungen zu bringen, so als sei sie damit einverstanden – zumal gerade die Bekämpfung dieses grenzüberschreitenden Problems internationale Kooperation erfordert und damit die Sinnhaftigkeit z.B. eines europäischen Integrationsprozesses bestens begründet.

Besonders leichtfertig und sehr oft wird auch die EU in Überschriften als „Diktatur“ bezeichnet,⁷ was sich schon alleine dadurch ad absurdum führt, dass gegen sie offenbar negative Zeitungsartikel geschrieben werden dürfen, was eine tatsächliche Diktatur wohl sofort mit obrigkeitlicher Gewalt unterbinden würde. Dann findet man Lobpreisungen auf den Nationalstaat als „natürliche Organisationsform eines Volkes“⁸, wobei verschwiegen wird, dass gerade diese „natürliche“ Organisationsform v. a. von Politikern der Neuzeit erst nach und nach und meist mit Gewalt durchgesetzt wurde – antiken und mittelalterlichen politischen Gebilden war ein Nationalitätenprinzip fremd – und dass die Organisation Europas in Nationalstaaten ohne gemeinsame übergeordnete Institutionen spätestens mit den beiden Weltkriegen den Kontinent an den Abgrund führte. Und dann taucht plötzlich, bunt vermischt mit dem „Feindbild EU“, das „Feindbild Islam“ auf. Dies geschieht etwa in einem Brief mit missglückter Ironie, in dem Herr Peter Harrer aus Wien schreibt:⁹

„Besonders freue ich mich auf den Beitritt der Türkei. Wenn dann Zusteller aus Armenien, die wahrscheinlich kein Wort Deutsch können, die Post bringen. Vielleicht können die dann den lendengeschwächten Österreichern (Ausspruch BK Klima) unter die Arme greifen und den Geburtenrückgang stoppen.“

4 Krone Wien, 20.3.2006, S. 25

7 z.B. Krone Wien, 24.3.2006, S. 57; Überschrift: „Diktatur pur“ oder Krone Wien, 23.3.2006, S. 37; Überschrift: „EU-Diktatur“

8 Krone Wien, 23.3.2006, S. 37

9 Krone Wien, 25.3.2006, S. 35

4 Krone Wien, 26.3.2006, S. 37

5 Krone Wien, 29.3.06, S. 33

Die Feindbilder der „Kronen Zeitung“

Hier werden gleich mehrere Klischees bedient – das der ihren Ehemann mit dem Briefträger betragenden Ehefrau, für deren „erotische Eroberung“ offenbar nach der Vorstellung des schreibenden „Krone“-Lesers nicht einmal die Kenntnis eines einzigen deutschen Wortes notwendig ist, bis hin zu dem der „aussterbenden“ Österreicher, die von den kinderreichen Moslems in einer Art „Umvolkung“ verdrängt werden – eine alarmistische Überzeichnung mancher Elemente einer keineswegs endgültig festgelegten demographischen Entwicklung.

In diesem Zusammenhang wird auch eine unbedingte und natürliche Gegnerschaft zwischen Christen und Moslems konstruiert, deren friedliches Zusammenleben nicht möglich erscheint. So schreibt ein – wie die akademischen Titel suggerieren, offenbar sehr kluger Mann – Herr Mag. Dr. Friedrich Hitschmann aus Wien:¹⁰

„Weil allen Politikern längst völlig egal ist, was das Volk will (die EU ist schon lange eine Diktatur), wird auch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Türkei bald zur EU gehören. Dann haben wir 100 Millionen Moslems mehr in dem Beamtenfilz der EU, die gegen die ursprünglich hier lebenden Christen stehen.“

Man mag den EU-Beitritt der Türkei bewerten, wie man möchte – es gibt legitime Argumente dagegen. Doch die selektive Publikation solcher und vergleichbarer Ergüsse in einer Zeitung mit Millionenaufgabe stellt eine unverantwortliche und unseriöse Konstruktion von

Feindbildern dar, die nur so charakterisiert werden kann: Es handelt sich schlichtweg um Verhetzung, die von der Meinungsfreiheit nicht abgedeckt sein kann und dem friedlichen Miteinander in einem demokratischen Land schadet. Doch der wahre Skandal ist nicht, dass es hetzerische Publikationen gibt, sondern dass man sie in Österreich ohne nennenswerte Kritik und nachhaltigen Widerstand in hoher Auflage gewähren lässt – wohl aus feiger Angst der politischen Entscheidungsträger vor der Medienmacht des Boulevards.

Literatur:

Andreas LASSNIG: Das Islambild des Boulevardpublikums: Eine qualitative Untersuchung der Einstellung von „Kronen Zeitung“-Lesern zum Thema Islam unter besonderer Berücksichtigung radikalkonstruktivistischer Theorien. Wien 2003.

Sabine SCHIESTL: Vermittlung von Feindbildern in der österreichischen Tagespresse. Eine inhaltsanalytische Untersuchung der Berichterstattung über AusländerInnen in „Der Standard“ und der „Kronen Zeitung“ im Dezember 1992 und Jänner 1993. Innsbruck 1996.

Patrick Horvath ist Doktor der Philosophie, Doktorand der Publizistik und Absolvent der Diplomatischen Akademie Wien. Er ist Vorstandsmitglied des „Universitätszentrums für Friedensforschung“ an der Universität Wien.

Kontakt: patrick.horvath@telering.at

¹⁰ Krone Wien, 26.3.2006, S.37

55. Internationale Pädagogische Werktagung Salzburg

*Ich kann. Du Kannst. Wir können.
Selbstwirksamkeit und Zutrauen.*

Montag, 10. Juli 2006 bis Freitag, 14. Juli 2006

Information und Anmeldung:
Internationale Pädagogische Werktagung Salzburg
Raiffeisenstraße 2, A-5061 Elsbethen
Tel.: +43(0)662/8047-7511 Fax: +43(0)662/8047-7519
E-Mail: pwt@bildung.kirchen.net
<http://pwt.kirchen.net>